

"CURA" TREUHAND- UND REVISIONSGESELLSCHAFT M.B.H.
WIRTSCHAFTSPRÜFUNGS- UND STEUERBERATUNGSGESELLSCHAFT

Informationspflicht gem. Art 13 und Art 14 DSGVO v1.1 per 25.5.2018

In unserer Kanzlei werden Daten von natürlichen und juristischen Personen verwaltet. Dabei werden personenbezogene Daten und besondere Kategorien von personenbezogenen Daten (sog. sensible Daten) im Sinne der DSGVO verarbeitet.

Neben unseren Mandanten selbst erfüllt auch unsere Kanzlei gem. Art 24 DSGVO die Stellung eines Verantwortlichen. Diese Meinung wird durch Vorgaben unserer zuständigen Aufsichtsbehörde, der KSW (Kammer der Steuerberater und Wirtschaftsprüfer) gestützt.

Diesem besonderen Umstand tragen wir durch die unseren Mandanten übermittelten Festlegungen Rechnung, die regeln, wie beide Verantwortlichen jeweils ihre gemäß der DSGVO bestehenden Verpflichtungen zu erfüllen haben. Diese Zuständigkeitsregelungen, sowie weitere Maßnahmen, die im Folgenden dargestellt werden, tragen unserer verantwortungsvollen Funktion Rechnung:

1. In unserem Unternehmen verarbeiten wir personenbezogene und sensible Daten im Rahmen der Erfüllung eines konkreten mit unseren Mandanten geschlossenen Vertrages.
2. In Erfüllung der Verträge mit unseren Mandanten nehmen wir Pflichten wahr, die für unsere Mandanten rechtliche Verpflichtungen darstellen, etwa die Erstellung von Jahresabschlüssen oder die laufende Berechnung von öffentlichen Abgaben. Beispielsweise werden personenbezogene Daten von Dienstnehmern unserer Mandanten nur in Hinblick auf die Erstellung von korrekten Berechnungen von Bezügen, Rechtsansprüchen von Dienstnehmern, Dienstgebern sowie allenfalls auch deren Gläubigern bzw. zur Ermittlung von betrieblichen bzw. öffentlichen Abgaben (Steuern, Beiträgen und Gebühren) verarbeitet.
3. Wir stellen vertraglich sicher, dass die an uns zur Verarbeitung übermittelten personenbezogenen und sensiblen Daten nur auf den rechtlichen Grundlagen lt. Punkt 1 und 2 an uns übermittelt werden dürfen oder auf Basis einer Einwilligung der betroffenen Personen übermittelt und verarbeitet werden. Unsere Mandanten haben zuvor schriftlich erklärt, dass sie diese Einwilligungen in ihrer Eigenschaft als Verantwortliche selbst einholen und darauf achten, dass die Einwilligungen freiwillig, informiert und unmissverständlich von den betroffenen Personen gegeben werden, wobei den betroffenen Personen vor ihrer Einwilligung ihr Widerrufsrecht in einfach verständlicher Weise erläutert worden ist.
4. Unsere Kanzlei erhält im Rahmen der vertragsgemäßen Erfüllung der Aufträge unserer Mandanten von diesen auch personenbezogene Daten Dritter (iW Dienstnehmer oder Geschäftspartner unserer Mandanten). In diesen Fällen ist neben unseren Mandanten auch unsere Kanzlei für die Einhaltung der einschlägigen Bestimmungen der DSGVO zum Schutze der Rechte der Betroffenen verantwortlich. Primäre Anlaufstelle für die Betroffenen sollen diesfalls aber aus Gründen der Straffung der Verfahrensabläufe und Optimierung der Datenverwaltung regelmäßig unsere Klienten sein. Dies im Wesentlichen deshalb, weil die betreffenden Daten regelmäßig nur von unseren Klienten erhoben werden, welche uns versichern, dass bei der Datenerhebung die Bestimmungen der DSGVO eingehalten wurden. Aus diesem Grund entfällt auch die Notwendigkeit einer Information an die Betroffenen bezüglich des Inhaltes der uns überlassenen Daten. Unsere Kanzlei ist ferner nach den einschlägigen berufsrechtlichen Vorschriften gesetzlich und vertraglich zur Verschwiegenheit verpflichtet. Im Falle, dass Betroffene Rechte lt. DSGVO bei unserer Kanzlei einfordern, wird das Einvernehmen mit unseren Mandanten hergestellt werden.
5. Wir wägen ein allfälliges berechtigtes Interesse von betroffenen Personen gegenüber den Interessen unserer Kanzlei und allenfalls auch dritter Personen sorgfältig ab und beachten das Schutzinteresse von betroffenen Personen (Grundrechte und Grundfreiheiten), bevor wir Daten zur Verarbeitung übernehmen oder diese weiterverwenden.
6. Auch allfällige lebenswichtige Interessen und öffentliche Interessen werden von unserer Kanzlei bei Bedarf berücksichtigt, bevor wir personenbezogene Daten zur Verarbeitung übernehmen oder weiterleiten.
7. Es werden keine personenbezogenen Daten unserer Mandanten ohne hinreichenden Grund für eine allfällige spätere Verwendung vorrätig gehalten. Allerdings ergeben sich aus zwingenden rechtlichen Normen für bestimmte Daten längere Aufbewahrungsfristen. So sind aus abgabenrechtlichen Gründen Unterlagen jedenfalls 7 Jahre, in bestimmten Fällen (z.B. im Zusammenhang mit dem Grundverkehr und anderen Vorgängen rund um Immobilien und der Personalverrechnung) auch Aufbewahrungsfristen bis zu 30 Jahren erforderlich. Vergl. hierzu z.B. § 132 Abs. 2 BAO oder § 12 Abs. 10 oder § 18 Abs. 10 UStG 1994.
8. Unabhängig von Punkt 6 erfüllt unsere Kanzlei die Vorgabe der DSGVO zur Datenminimierung dergestalt, dass nur jene Daten so lange gespeichert werden, die auch tatsächlich und nach dem Ermessen eines sorgsamem Unternehmers noch benötigt werden.
9. Dem Grundsatz der Richtigkeit der verarbeiteten Daten kommt unsere Kanzlei schon deshalb nach, weil nur korrekte Daten auch korrekte Ergebnisse für die Arbeiten unserer Kanzlei ermöglichen.
10. Unsere Kanzlei stellt besonders hohe Ansprüche an Integrität und Vertraulichkeit und stellt die entsprechende Verarbeitung von personenbezogenen Daten unter den Schutz von aktueller Technologie und besonders qualifizierten Fachkräften.